

Bezugspreis:
Bierstübchen 30.- M., monatl. 12.- M.
frei ins Haus, voraus zahlbar. Post-
bezug: Monatlich 12.- M., einjähr. 120.-
M., halbjährlich 60.- M., unter Ausschluss
des Postgebührens. Unter Ausschluss für
Deutschland, Belgien, das Saar- und
Rheinland, sowie die ehemals deut-
schen Gebiete: Ostpreußen, Ost-
preußen, Litauen und Lettland 22.- M., für
das übrige Ausland 25.- M. Post-
bestellungen nehmen an: Österreich,
Ungarn, Tschechien, Polen, Dänemark,
Lithauen, Estland, Lettland, Schweden
und die Schweiz.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Welt und Zeit“, der Unter-
haltungsbeilage „Heimwelt“ und der
Beilage „Siedlung und Kleingarten“
erscheint wöchentlich zweimal, Son-
tags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Kernsprecher: Expedition Moritzplatz 11753-54

Donnerstag, den 6. Oktober 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Kernsprecher: Expedition und Inseraten-
Abteilung Moritzplatz 11753-54

Anzeigenpreis:
Die neuangelegte Kompartiments-
tafel 6.- M. „Kleine Anzeigen“
das festgedruckte Wort 1.- M. (zu-
wählend zwei festgedruckte Worte), jedes
weitere Wort 1.- M. Stellengruppe
und Schlüsselzeilenanzeigen das erste
Wort 1.- M., jedes weitere Wort
60 Pf. Worte über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte. Familien-An-
zeigen für Abonnenten Seite 1.50 M.
Die Preise verstehen sich einschließlich
Leitungsgebühr.
Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 8 Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Öffnung
von 9 Uhr früh bis 6 Uhr abends.

England und das Wiesbadener Abkommen.

Paris, 6. Oktober. (E.) Aus London wird gemeldet, daß die englischen Sachverständigen gegenwärtig das Wiesbadener Abkommen studieren. Vom politischen Standpunkt aus wird erklärt, daß England keinen Widerspruch gegen das Abkommen erheben werde, und daß jedem Plan, der Frankreich zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete ver helfe, so wenig Opposition wie möglich entgegen gesetzt werden solle. Solange jedoch diese Umarmungen von den Sachverständigen nicht gründlich studiert seien, könne man nicht erklären, bis zu welchem Punkte die proportionelle Verteilung der Reparationssummen in Mitleidenschaft gezogen werde und ob dieses Abkommen den Deutschland auferlegten Zahlungen entspreche. Solange diese Frage nicht geklärt ist, werde sich die öffentliche Meinung sehr reserviert verhalten. Inzwischen würden Rathenau und Loucheur das Abkommen unterzeichnen, das aber nur in Wiesbaden freies wäre, wenn es auch die Befestigung der Reparationskommission erhalte.

Günstige Aufnahme in Frankreich.

Paris, 6. Oktober. (E.) Der Minister für die besetzten Gebiete, Loucheur, reiste um 9.20 Uhr gestern abend nach Wiesbaden, von zwei Sachverständigen begleitet. Das Abkommen, das nunmehr abgeschlossen werden soll, erfreut sich in der Presse einer günstigen Aufnahme. Berlin beruhigt im „Echo de Paris“ die französische Öffentlichkeit, die besorgt ist, das Abkommen werde Deutschland weniger Opfer auferlegen als die bisherigen Zahlungsbedingungen, die am 5. Mai 1921 in Kraft traten. Man habe nunmehr eine Methode gefunden, durch die sich Deutschland seiner Verpflichtungen entledigen könne; denn Deutschland werde sich seinen Verpflichtungen solange nicht entziehen, als es keine Möglichkeit dazu erblicke. Aber die französische Politik dürfe nicht in ihrer Wachsamkeit nachlassen, zumal die Methode der Reparationszahlungen gewisse deutsch-französische Interessen schaffen werde. Nun sei eine Lösung des Reparationsproblems ins Auge gefaßt worden, die zwar auch ihre Nachteile habe, die aber keiner Kritik von irgendeinem Regimes auf der Welt be gegnen könne. Es sei Deutschland durchaus möglich, die Wiesbadener Verpflichtungen zu erfüllen, denn der größte Nachteil der Zahlungen von Goldmark in auswärtigen Devisen sei nunmehr aus der Welt geschafft. Deutschland werde die Reparationsleistungen nunmehr im Innern des Landes mit Papiermark bezahlen können.

Paris, 6. Oktober. (E.) Es verlautet, daß bei seinem gestrigen Besuche bei Briand der deutsche Botschafter Meyer die Aufhebung der militärischen Sanktionen erbeten hat.

Um Oberschlesien.

Paris, 5. Oktober. (W.B.) Havas zufolge erklärt man an amtlichen Stellen, daß alle Nachrichten über eine Teilung Oberschlesiens verfehlt sind, und daß die darüber umlaufenden Gerüchte als Phantasie betrachtet werden.

Schluß der zweiten Völkerversammlung.

Genf, 5. Oktober. Die zweite Tagung der Völkerver sammlung, der man eine Dauer von drei Wochen vorausgesetzt hatte, schloß ihre Tagung heute nach einmonatigen Beratungen ab. Dem Präsidenten v. Karnebeck, dessen vornehme und unparteiische Leitung es zum Teil gelungen war, dieser so vorwiegend ententzündlichen Organisation einen sachlichen und neutralen Charakter zu verleihen, fiel heute die nicht leichte Aufgabe zu, der auseinandergehenden Versammlung einen rühmlichen Nachruf zu widmen. Er tat dies allerdings mit Zurückhaltung, und eine gewisse Ironie war vielleicht zu verspüren, als er die allzu überladene Tagesordnung der Versammlung kritisierte.

Tatsächlich ist während dieses Monats in Genf fast ungeheuerlich gearbeitet worden. Ein Fleiß und Eifer hat es den Delegierten nicht gefehlt. Alle diese angelegten und fleißige Arbeit hat zweifellos das rein organisatorische Gefüge des Völkerverbundes gekräftigt. Aber die Anstrengungen der Delegierten stehen in keinem Verhältnis zum Ergebnis. Der Völkerverbund, den man schon im Vorjahre als ein unvollkommenes Instrument bezeichnete, das unbedingt der Verbesserung bedarf, blieb in seiner alten reaktionären Gestalt bestehen. Alle fortschrittlichen Vorschläge wurden abgelehnt oder auf das nächste Jahr verschoben, während die angelegten Änderungen im wesentlichen einen Rückschritt bedeuten.

In der Abrüstungsfrage beschränkt sich der Völkerverbund auf platonische Wünsche. In der Mandatsfrage bestätigte er trotz aller schönen Worte im Grunde nur die Forderung der Annexion der früheren deutschen Kolonien. Seine humanitären Initiativen stehen größtenteils noch auf dem Papier. Die Finanzhilfe für Ostpreußen ist noch immer nicht in das Stadium praktischer Ausführung eingetreten und das hungernde russische Volk ist an die Brüstler Konferenz verwiesen worden. Armenien erhielt dieselben Versprechungen wie im Vorjahre, Litauen und Polen sind ebenfalls keinen

Schritt vorwärts gekommen, und der Weltfrieden, dessen Erhaltung die Hauptaufgabe des Völkerverbundes sein soll, scheint nach Ansicht seiner Mitglieder durch den albanischen Konflikt nicht gefährdet zu sein.

Die Hoffnungen auf Erweiterung des Bundes sind nicht erfüllt worden. Zwar gehören ihm Estland, Litauen, Lettland an und die offiziellen Mitglieder werden damit von 48 auf 51 erhöht, aber das große Argentinien ist ihm ferngeblieben und andere Staaten des lateinischen Amerikas folgten seinem Beispiel. An dem Beitritt der Vereinigten Staaten, die jedoch immer wieder heftig umworden werden, glaubt die Versammlung nicht mehr. Deutschland gegenüber verhält man sich äußerst zurückhaltend. Für seine Aufnahme trat im Gegensatz zum Vorjahre niemand ein. Die Gefühle Deutschland gegenüber haben sich allerdings zweifellos ganz erheblich gebessert, aber einer Abänderung der Aufnahmebedingungen wagte niemand das Wort zu reden, nie die Ablehnung des argentinischen Antrages es bewies. Ungarns Aufnahme wird verhindert durch die kleine Entente, deren zielbewusstes und geschlossenes Auftreten eines der wichtigsten politischen Ergebnisse der Tagung sein dürfte.

Noch stärker als im Vorjahre wurde diesmal fühlbar, wie sehr die eigentliche, fast einzige Macht des Bundes beim Rate ist. So wird das Auseinandergehen der Versammlung auch nicht so einschneidend wie 1920 sein, da der Rat weiter tagt und der wichtigste politische Gegenstand, die oberste politische Frage, noch nicht entschieden ist. Manche Delegierte versuchten schließlich das Thema auch in der Versammlung zur Sprache zu bringen. Sie waren dabei sichtlich von den Gefühlen einer Versöhnlichkeit beherrscht. So wurde in der Tat auch wiederholt der Gedanke ausgesprochen, daß die Entscheidung des Rates über Oberschlesien vielleicht auch die Entscheidung über das Schicksal des Völkerverbundes selbst werden könne.

Valuta und Wiedergutmachung.

London, 5. Oktober. (W.B.) Das Northcliffe-Blatt „Evening News“ schreibt unter der Überschrift „Die Notwendigkeit einer Abänderung des Friedensvertrages von Versailles“, der Schlüssel der gestrigen Rede Lloyd Georges in Inverness sei der Satz gewesen, worin der Premierminister erklärte, man könne die Lage in England nicht stabilisieren, bevor nicht sowohl die Finanzen, als auch die auswärtige Politik stabilisiert werde. Darin liege das augenblickliche Problem, und es sei am besten, man trete diesem Problem offen gegenüber, um zu der Erkenntnis zu kommen, daß nur durch internationales Zusammenwirken die Lage in der Welt wieder in Ordnung gebracht werden kann. Die Nationen müßten ihre Kriegsschulden ausgleichen und die Alliierten müßten erwidern, wie Deutschland am besten seine Entschädigungen ohne Schaden für die Länder, denen sie geschuldet werden, bezahlen kann. Deutschland habe bisher durch Bezahlung in Rohlen in den Ländern, die die Rohlen erhielten, Arbeitslosigkeit geschaffen, und durch die deutschen Schiffe seien in England Tausende von Arbeitern, die von der Schiffbauindustrie abhängen, auf die Straße geworfen. „Evening News“ zufolge werde es viel besser sein, selbst den Vertrag abzuändern, wenn England dadurch wirkliche Reparation erhalte. Auf der anderen Seite werde das weitere Niederdrücken der ausländischen Währungen, um innerhalb eines Vertrages zu bleiben, für einen vernünftigen Fehler gehalten.

Der englische Finanzmann

George Paish

erklärte in einer Rede über den Außenhandel und die Erwerbslosigkeit, eine Hungersnot in England werde den Bolschewismus bedeuten, und in Frankreich, wo eine Hungersnot drohe, werde sie die Revolution bedeuten. Es sei für Deutschland unmöglich, die Waren, die es braucht, mit seiner verminderten Erzeugung zu kaufen, die Reparationen, die man von ihm fordere, zu machen, und zugleich den Wert der Mark hoch zu halten. Das augenblickliche Wiederaufleben im Handel sei nur zeitweiliger Art. Unter diesen Umständen müsse man zu allererst Europa auffordern, seine Produktionskraft wiederherzustellen und durch die notwendigen Kredite die Ströme des Handels wieder in Gang zu setzen. Durch die Schaffung von Passiven unter den gegenwärtigen Verhältnissen vernichte man das eigene Volk. Alle Nationen täten dies. Es habe den Anschein, als ob die Staatsmänner der Welt wahnsinnig geworden seien.

Als Fortsetzung ihrer Befragung hervorrunder Industrieller veröffentlicht die „Daily Mail“ ein Interview mit dem bekannten Hypothekenspekulator Charles H. Walker

von der Firma H. S. Satter u. Sons, der sich wie folgt äußerte: England befindet sich in der unangenehmen Lage, den Kredit seiner Käufer zu ruinieren zu haben, insbesondere den Kredit Deutschlands und Österreichs. Gleichzeitig leidet auch der Kredit der Alliierten sehr. Das ist vollkommen klar, wenn man bedenkt, daß wenn England seine Rohle, sein Eisen und die daraus hergestellten Waren nicht verkaufen kann und daß es andererseits gezwungen ist, für seinen eigenen Bedarf zu importieren, insbesondere eine Menge von Rohmaterialien, es nicht einmal 11 Millionen, geschweige denn vierzig Millionen Einwohner ernähren kann. Bei dem gegenwärtigen Stande der deutschen Mark ist ein Wettbewerb Englands mit Deutschland unmöglich. Der Kurs der Mark wird früher oder später die vernichtendsten Folgen für England haben.

Englischer Gewerkschaftskongress

Der Kongress der englischen Gewerkschaften, der Anfang September in Cardiff tagte, stand ganz unter dem Eindruck der schweren Krise, die heute auch Englands Wirtschaftsleben und damit die Existenzbedingungen der Arbeiterschaft ergriffen hat. Mehr noch als die Diskussionspunkte selber scheint die Stimmung der Kongreßteilnehmer unter diesem Eindruck gestanden zu haben.

Die englische Arbeiterschaft steht mitten in einer Epoche tiefgehender Enttäuschungen: große und bewunderungswürdige Opfer, wie der letzte dreimonatige Bergarbeiterstreik eins war, sind umsonst gewesen; unentschlossen scheint die Haltung der Regierung gegenüber der Arbeitslosigkeit, die in den siegreichen Ländern noch schlimmer wütet als bei uns und die trübsten Aussichten für die Zukunft bietet; eine Reihe mühselig erkämpfter Einrichtungen zum Schutz der wirtschaftlich Schwächsten sollten wieder verschwinden, wie die Mindestlohnämter in Heimindustrie und Landwirtschaft — und dabei das wahnwichtige Betrüsten, der Bau immer neuer Kriegsschiffe, das kein Ende nehmen will, trotz Washingtoner Konferenz und Völkerverbund.

Das war das Bild der Zeit, in der das „Parlament der englischen Gewerkschaften“ tagte. Die Tagung hat bewiesen, daß die Zeit des wilden Radikalismus, den die Verzweiflung so oft schafft, vorbei ist. Wer erwartet hätte, daß als Reaktion der Enttäuschung nun ein hinreißender Sturm revolutionären Forderungen die Trade Union erfassen würde, hat sich getäuscht. Die Phrase hat abgewirtschaftet. Der Kongress von Cardiff stand — ohne daß wir damit ein Urteil aussprechen wollen — unter dem Zeichen der Mäßigung, die ja oft nur ein Ergebnis der richtigen Einschätzung der eigenen Möglichkeiten und des Augenblicks ist.

Dabei stand die Umorganisation der Spitzenorganisation der im Gewerkschaftskongress zusammengekommenen Gewerkschaften zur Debatte, und viele hatten zwar nicht etwa bolschewistische Experimente und leichtgefugte Luftbauten erwartet, aber doch eine tiefgreifende Umwälzung der alten Grundlagen. Manches ist geschehen, sehr vieles blieb beim Alten, und es gab genug Augenblicke auf dem Kongress, die bewiesen, wie stark die Grundstimmung im Sinne des Alten, Gewohnten noch ist.

Der letzte Gewerkschaftskongress hatte die Abschaffung des alten „Parlamentarischen Komitees“ beschlossen, das seit 1871 die Vertretung des Gewerkschaftskongresses gegenüber dem Parlament hatte, aber in seinen Beschlüssen vollständig von dem jährlichen Gewerkschaftskongress abhängig war und für die große gewerkschaftliche Politik und das Zusammenarbeiten der Gewerkschaften wenig oder gar nichts tun konnte. Jetzt sollten endgültig Vollmachten, Funktionen und Mitglieder des neuen Allgemeinen Gewerkschaftsrates (General Council), der an seine Stelle tritt, bestimmt werden. Als Grundgedanke der neuen Organisation ist einmal die „Zentralisierung der englischen Gewerkschaftsbewegung“ bezeichnet worden. Die Gewerkschaften sind in 18 Industriegruppen eingeteilt, die die 32 Mitglieder des Gewerkschaftsrates ausstellen. Sie werden in 6 Unterkommissionen die Fragen ihres zuständigen Gebietes bearbeiten. Als Hauptaufgabe sollen sie die Aktionen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft miteinander in Einklang bringen. Der Gedanke, eine solche Organisation zu schaffen, tauchte so auch 1919 auf, als die Eisenbahner streikten und alle anderen Industrien davon schwer in Mitleidenschaft gezogen waren. In gewissem Sinne bedeutet so der neue Gewerkschaftsrat eine Fortsetzung des alten „industriellen Dreiverbandes“ in größerem Stil. Es ist auf dem Kongress von der Gewerkschaft der Eisen- und Stahlarbeiter beantragt worden, daß jeder größere Streik vorher mit dem Gewerkschaftsrat besprochen werden müsse, so daß dort die Exekutive der ganzen gewerkschaftlichen Bewegung zu suchen gewesen wäre. Dem aber widersehe sich vor allem die mächtige Gewerkschaft der Bergarbeiter, weil sie fürchtet, daß sie in der Verfolgung ihrer eigenen Angelegenheiten einmal durch Rücksichten auf die Arbeiter anderer Industrien gehindert werden könnte. Bezeichnenderweise stimmten dagegen die weniger starken Gewerkschaften für den Antrag, der aber an dem Selbständigkeitsstreben der anderen scheiterte. Dieses Verlangen, die alte Autonomie nicht aufzugeben, hat sich auch sonst mehrfach auf dem Kongress gezeigt. Es gibt heute noch in England über 1200 einzelne Gewerkschaften, die oftmals sich in derselben Industrie heftige Konkurrenz machen, und die miteinander auszugleichen und möglichst auch zu verschmelzen eine der schwersten Aufgaben des neuen Gewerkschaftsrates sein dürfte. Ein wichtiger Fortschritt ist es wenigstens, daß der Gedanke der Organisation der Gewerkschaften auf industrieller Basis im Wahl- und Arbeitsmodus des neuen Rates Ausdruck gefunden hat. Dieser sog. „Industrial Unionism“, erscheint übrigens in den Theorien des Oldensozialismus als Voraussetzung wieder. Jeden-

falls können wir für die nächsten Jahre ziemlich harte Auseinandersetzungen zwischen der alten liberalistischen oder liberal-individualistischen und der modernen zentralistischen Richtung in der englischen Gewerkschaftsbewegung erwarten.

Nachdem erst allerlei Differenzen eine Neuwahl der Mitglieder des Allgemeinen Gewerkschaftsrates nötig gemacht hatten, sind jetzt von bekannten Gewerkschaftsführern u. a. folgende Persönlichkeiten hineingewählt worden: Smillie, R. T. Jones, Thomas von den Eisenbahnern, Gosling, Ben Tillet, Gimbley, Duden, J. Beard, Boulton und Margaret Bondfield für die Frauen.

Als erste Tat hat der Rat einen Ausschuss gemeinsam mit der Labour Party eingesetzt, der einen Plan zur Behebung der Arbeitslosigkeit ausgearbeitet und dem Unterhaus und Lloyd George eingereicht hat. Die Frage der Arbeitslosigkeit hat den Kongress überhaupt sehr lebhaft beschäftigt.

Ferner wurde die Stellung zum Krieg und praktische Maßnahmen zu seiner Verhütung diskutiert. Und wie sich auch schon auf dem Parteitag der Labour Party die Abneigung, auf dem Wege des Generalstreiks politische Ziele durchzusetzen bemerkbar gemacht hatte, so wurde auch hier schließlich anerkannt, daß ein internationaler Streik des Proletariats bei Kriegserklärungen nichts fruchten würde. Man begnügte sich mit der resignierenden Erklärung, daß die Arbeiterklasse sich mit allen ihr zu Gebote stehenden friedlichen Mitteln für Abrüstung einsetzen müsse, im Augenblick aber könne sich die englische Arbeiterklasse nicht mächtig genug fühlen, durch einen Generalstreik etwas gegen den internationalen Imperialismus und Militarismus auszurichten. Dagegen verlangte der Kongress Teilnahme einer Arbeiterdelegation an der Washingtoner Abrüstungskonferenz, in die u. a. der Führer der Bergarbeiter, Herbert Smith, gewählt wurde.

So endete denn schließlich dieser Kongress da, wo heute alle Diskussionen und Entschlüsse über das soziale und politische Leben enden müssen: bei der Erkenntnis, daß es das System des Kapitalismus ist, dem der Kampf gelten muß, das man aber nicht mit kleinem Fließwerk, mit Reden, Versprechungen und Selbstüberschätzung, freilich auch nicht mit schwächlicher Unterschätzung von heute auf morgen „erschmettern“ kann.

Kommunisten und Republik.

In Thüringen haben Verhandlungen zwischen den drei sozialistischen Parteien über die Regierungsbildung stattgefunden. Wie die „Rote Fahne“ berichtet, haben die Kommunisten den ihr von der Sozialdemokratie angebotenen Eintritt in ein rein sozialistisches Kabinett zwar abgelehnt, weil sie auf dem Boden der Räterepublik stehen, aber sich zu einer Unterstützung einer aus Sozialdemokraten und Unabhängigen bestehenden Regierung bereit erklärt. In einer formulierten Erklärung spricht die kommunistische Fraktion aus, daß sie bereit ist, für eine sozialistisch unabhängige Regierung zu stimmen. Ihre weitere Stellungnahme macht sie abhängig von der Gesamtpolitik dieser Regierung, und zwar davon, ob die Regierung energisch die Interessen der werktätigen Bevölkerung vertritt. Unter dieser Voraussetzung ist die kommunistische Fraktion auch bereit der Regierung die finanziellen Mittel zu bewilligen. Ihre Stellungnahme zur Republik präziserte die kommunistische Fraktion dahin,

daß sie ihre prinzipielle Stellung zur heutigen bürgerlich-demokratischen Republik nicht aufgeben könne, daß sie aber diese Republik gegen alle Angriffe von rechts mit allen Mitteln verteidigen wird. Die Sicherung des demokratischen Selbstbestimmungsrechts des Volkes in Reich, Staat, Gemeinde, die Demokratisierung der Verwaltung und Republikanisierung der Reichswehr und der Polizeiergane, die Sicherung und den Ausbau der Sozialgesetzgebung betrachtet die kommunistische Partei als Selbstverständlichkeit.

Daß es die Aufgabe der Arbeiterklasse ist, die Republik gegen Angriffe von rechts zu schützen, hätten die Kommunisten

längst einsehen sollen. Aber freilich sollten sie auch erkennen, daß der beste Schutz gegen rechts in der Unterlassung der Angriffe auf die Republik des Links besteht. Erst durch diese Angriffe hat sich die Rechtsgefahr zu ihrer jetzigen Größe entwickeln können.

Dazifist Ludendorff.

Ludendorff, der es für notwendig zu halten scheint, als Ersatz für den nach Holland abgegangenen Schwabronneur durch Reden und Projekte die Welt zu erschüttern, hat schon wieder einem ausländischen Zeitungsmann eine Unterredung gegeben, nämlich dem Münchener Mitarbeiter des „Deutsches Volk“ Das Monarchistenorgan „Der Aufbruch“ hat denn auch unlängst festgestellt, ein nationaler Mann dürfe sich zwar nicht mit Ausländern der Entente einlassen, aber wenn es Ludendorff tue, so sei das eben ganz was anderes.

Während Ludendorff in seiner letzten Unterredung, die hier veröffentlicht wurde, sehr kriegerisch war und den Feldzug gegen Sowjetrußland an der Spitze der europäischen Armee führen wollte, gebärdet er sich diesmal friedlich und wünscht die Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich. Was er in dieser Hinsicht sagt, ist im allgemeinen zutreffend, wenn es auch alsdeutschen Ohren relativ panistisch klingen dürfte. Auf die Frage, ob er an die Notwendigkeit einer unüberwindlichen Feindschaft zwischen Deutschland und Frankreich glaube, antwortete Ludendorff:

Ich glaube im Gegenteil, daß die beiden benachbarten Völker vollkommen voneinander abhängen, insbesondere vom Standpunkt des industriellen Lebens aus, und daß sie schon jetzt in mehreren wirtschaftlichen Fragen parallel laufende Interessen besitzen. Es ist kein Anlaß dazu gegeben, daß eine grundsätzliche Feindschaft Deutschland und Frankreich voneinander trennen sollte.

Das ist sehr schön gesagt. Wir wünschten nur, daß Herr Ludendorff in den Jahren 1914/18 seine tatsächlichen Handlungen nach dieser Überzeugung eingerichtet hätte, wir wünschten ferner, daß die Ludendorff ergebene Presse heute in diesem Sinne wirkte, anstatt unfähige Häßselige anzustimmen.

Mit aller Deutlichkeit muß aber betont werden, daß Ludendorff selber nicht die geeignete Persönlichkeit ist, um bessere Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich anzuknüpfen; er, der einst nach dem Besitz der Raasküste für Deutschland gestrebt und Kriegsmahregeln ergriffen hat, die wie nichts sonst den Haß Frankreichs gegen Deutschland geschürt haben und deren Folgen noch heute das beste Propagandamittel der französischen Chauvinisten sind.

Ein verspäteter Steckbrief.

Der enthaltene Ruge unter Mordverdacht.

Dreslau, 6. Oktober. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Der Staatsanwalt am Landgericht Breslau erläßt heute in den schlesischen Blättern einen Steckbrief gegen den früheren Prädikanten Dr. Ruge aus Heidelberg, der eine deutsch-pöbliche Putschorganisation in Oberschlesien leitete, die im Zusammenhang mit ähnlichen Organisationen in München arbeitete. Dr. Ruge war vor einigen Wochen, nachdem unsere Parteipresse schwere Anschuldigungen gegen diese Geheimorganisation wiederholt gebracht hatte, bereits verhaftet worden, wurde aber damals merkwürdigerweise sofort wieder freigelassen. Jetzt beschuldigt ihn der Steckbrief des Oberstaatsanwalts nicht nur der Geheimbündelei und des unerlaubten Waffenbesitzes, sondern auch der Urkundenfälschung und des verübten Mordes. Ruge ist natürlich inzwischen verschwunden.

Wir stehen hier wieder einmal vor einer außerordentlich seltenen Gerichtsparade. Ein aus schwerster belasteter Putschist befindet sich in den Händen der Justiz, man läßt ihn laufen, und nachdem er glücklich verschwunden ist, wird ein Steckbrief hinter ihm erlassen. Im „R.L.“ wurde vor einiger Zeit die Behauptung aufgestellt, daß die Richter, die Ruge aus der Haft entließen, es nicht einmal für nötig gehalten haben, sich mit dem

Staatskommissar für öffentliche Ordnung und dem Ministerium des Innern in Verbindung zu setzen, die schwer belastende Material gegen Ruge hinter sich hatten. Außerdem wurde Ruge bereits damals in einer anderen Sache steckbrieflich gesucht. In welcher Weise gedenkt der Herr Justizminister gegen die richterlichen Beamten einzuschreiten, die in dieser leichtfertigen Weise die Unschädlichmachung eines staatsgefährlichen Verbrechers bereitwillig haben?

50000 Mark auf Ergreifung der Rapp-Verbrecher.

Der Oberstaatsanwalt erneuert den Steckbrief gegen die Führer des Rapp-Putschs. Im ganzen sind 8 Personen steckbrieflich verfolgt, und zwar Generalkonzeptsdirektor Rapp, Major a. D. Babs, Oberst a. D. Bauer, Arzt und Volkswirt Georg Wilhelm Schiele, Schriftsteller Karl Schnitzler, Schriftsteller Trebitsch-Bincoln, General a. D. Freiherr v. Lütjow, Korvettenkapitän a. D. Ehrhardt. Die Reichsregierung hat auf ihre Ergreifung eine Belohnung bis zu 50000 Mark ausgesetzt. Den Wortlaut des Steckbriefes finden unsere Leser im Anzeigenteil.

Dominicus und Liebermann.

Dreslau, 6. Oktober. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Der ehemalige Breslauer Polizeipräsident Liebermann vertheidigt jetzt seinen früheren Vorgesetzten Dominicus in der Breslauer bürgerlichen Presse gegen den Vorwurf, die Orgesch gewarnt zu haben. Er hat dies mit denselben Argumenten getan, mit denen er sich selber in dieser Angelegenheit seit ihrer Aufdeckung durch die sozialdemokratische Presse ständig verteidigt hat. Er betont insbesondere, daß die schlesische Provinzialorganisation der Orgesch, der Heimatschutzverband verfassungstreuer Schlesier, durch die Lösung der Mitgliedschaft bei der Orgesch, die beziehungsweise erst nach Erlaß der Verordnung des Reichspräsidenten gegen die Selbstschutzverbände erfolgte, ihren verbotenen Charakter verloren hätte.

Das einzige Bemerkenswerte an dieser Verteidigung ist, daß dieselben Argumente, wie sie Herr Liebermann für seine eigene Person anführte, nicht genügt haben, um ihn vor der Verletzung in den einstweiligen Ruhestand durch denselben Minister Dominicus zu schützen. Es wird nicht ohne Interesse sein zu erfahren, ob Herr Dominicus dieselben Argumente, die er bei seinen nachgeordneten Beamten nicht gelten ließ, sondern zum Grund der Entfernung vom Amte nahm, jetzt für sich selbst anführen wird. Seine Verteidigung durch den von ihm zur Disposition gestellten Geheimrat ist an sich allerdings schon kompromittierend genug.

Die Bayerische Volkspartei in Opposition.

München, 6. Oktober. (Ill.) Das „Bayerische Volk“, das offizielle Organ der Deutschen Volkspartei in Bayern, schreibt über die Stellung der Deutschen Volkspartei zur neuen Regierung: Die Fraktion ist aus der Koalition ausgetreten. Die Befürchtung aber, die aus manchen Kreisen uns zu Ohren kommt, daß der rechte Flügel des Landtags künftig grundsätzliche Oppositionspolitik treiben wird, ist unberechtigt. Wir sind gewiß, daß unsere Fraktion sich in ihrer Haltung zur neuen Regierung lediglich um sachlichen Erwägungen leiten lassen und die Leiden des neuen Mannes abwarten wird. Auch der erweiterte geschäftsführende Bundesausschuß der Deutschen Volkspartei hat, wie der „Frankfurter Kurier“ mitteilt, in seiner letzten Sitzung die nunmehr geschlossene Lage lange erörtert und einstimmig erklärt, daß die Deutsche Volkspartei in Bayern nicht bereit ist, gegenüber der neuen Regierung von vornherein eine Opposition einzunehmen, sondern daß sie vielmehr willens ist, auch außerhalb der Koalition stehend, an allen Fragen positiv mitzuarbeiten.

Die Bayerische Volkspartei und das Reichszentrum.

Die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz schreibt zur Frage der Wiederherstellung der Arbeitsgemeinschaft mit dem Reichszentrum u. a.: „Die Bayerische Volkspartei erhebt mit wachsender Dringlichkeit die Forderung auf Revision der Weimarer Verfassung im föderativen Sinne. Gerade jetzt hat der Führer der Reichszentrumsfraktion des Zentrums davon gesprochen, daß die Weimarer Verfassung in absehbarer Zeit nicht geändert werden soll. Damit ist gesagt, daß im Kampf um die föderative Staatsidee das Zentrum auf seinen unerfahrene Gegner stehen wird. In der Bayerischen Volkspartei ist keine Veränderung der Bestimmung zu erwarten, so lange es sich um die föderative Staatsidee handelt.“

Die Bedeutung der Stickstoffindustrie.

Die Katastrophe von Oppau hat lebhaftes Interesse an den technischen Fragen der Fabrikation künstlicher Stickstoffverbindungen weckerufen. Die Stickstoffindustrie ist der bedeutendste Zweig der modernen Kunststoffindustrie. Sie gewinnt immer größere Bedeutung für die Landwirtschaft, und die Zeit ist nicht allzufern, wo die Stickstoffindustrie bestimmend sein wird für die Erträge der Ernten.

Die moderne Agrilkulturchemie hat weitgehende Einsichten über die Zusammenhänge zwischen der Zusammensetzung des Bodens und dem Wachstum der Pflanzen gegeben. Die Erfahrungstatsache, daß die Pflanzen ihre Nahrung vornehmlich aus dem Boden ziehen, und daß in dem Maße, wie sie die Nährsalze des Bodens verdauen, der Boden an ihnen armer wird, ist durch die Wissenschaft bestätigt worden. Man weiß heute nicht nur, welche Stoffe dem Boden von den Pflanzen entzogen werden, sondern man kennt auch die zahlenmäßigen Verhältnisse. Während man, gestützt auf die Erfahrung, zum Ersatz für die dem Boden entzogenen Nährsalze dem Boden Naturdünger zuführt, wenn man empirisch (erfahrungsgemäß) arbeitet, erlaubt die moderne Agrilkulturchemie genau zu sagen, welche Stoffe und in welchen Mengen dem Boden zugeführt werden müssen. Sie lehrt aber noch mehr: daß die im natürlichen, organischen Dünger enthaltenen Nährsalze ebenjotig in anorganischer, mineralischer Form zugeführt werden können. Sie hat den Weg gebahnt zu einer nach wissenschaftlichen Grundsätzen geleiteten Landwirtschaft, die um so nötiger wird, je größere Ansprüche an den Boden gestellt werden. Die Erkenntnisse der Agrilkulturchemie führte zur modernen Industrie künstlicher Düngemittel, und in dieser steht die Stickstoffindustrie obenan.

Die Stickstoffverbindungen gehören zu jenen Nährsalzen, ohne die unsere Nährpflanzen nur kümmerlich gedeihen. Sie müssen immer wieder ersetzt werden, wenn der Boden nicht ernten soll. Die natürlichen Düngemengen reichen in der Landwirtschaft nicht aus. Man hat deshalb mit stickstoffhaltigen künstlichen Düngern nachgeholfen. Das Material dazu bot der Chilisalpeter, der, organischen Ursprungs, in Chile in großen Mengen abgebaut wurde. Aber, einmal machen die Verhältnisse jetzt den Chilisalpeter sehr teuer, denn aber und vor allem mußte man mit der baldigen Erschöpfung der natürlichen Vorräte rechnen. Die Chemie mußte also auf Ersatz fassen. Nun ist aber Stickstoff ein Element, das chemisch sehr träge ist, und nur schwer chemische Verbindungen eingeht. Eine Stickstoffverbindung, das Ammoniak, ergab sich als Nebenprodukt der Gasbereitung aus Kohle und konnte in brauchbare Verbindungen übergeführt werden.

Das vornehmste Ziel aber war, zu schöpfen aus dem großen und unererschöpflichen Stickstoffvorrat, das wir besitzen, aus der Luft, von der das Gas Stickstoff ein wesentlicher Bestandteil ist. Die große chemische Trägheit des Stickstoffes hat den Bemühungen, den Stickstoff in brauchbare Verbindungen überzuführen, lange gespottet. Der modernen Chemie ist es gelungen, nimmere drei Methoden auszubilden, die die Gewinnung von Stickstoffsalzen aus Luftstickstoff gestatten: die Gewinnung von Kaliumstickstoff, indem Stick-

stoff über erhitztes, feinpulverisiertes Kaliumkarbid geleitet wird, die Gewinnung von Stickoxyd, das weiter verarbeitet werden kann, im elektrischen Lichtbogen, und schließlich die Gewinnung von Stickstoffverbindungen, indem Stickstoff und Wasserstoff bei hoher Temperatur und hohem Druck zur Verbindung gebracht werden. Die letztere Methode wird im größten Maßstab in Oppau wie im Leunawerk angewandt.

Die Stoffe, die zum Ausgleich des den Boden durch die Pflanzen entzogenen Stickstoffes dienen, werden von der Industrie gewonnen aus unererschöpflichen Reservoiren: die Luft liefert den Stickstoff, das Wasser den Wasserstoff. Wissenschaftliche Erkenntnis und technische Erfahrung haben gelehrt, die Landwirtschaft von natürlichen Stickstoffvorkommen unabhängig zu machen. Die Chemie hat die Erkenntnisse gegeben, die Technik die brauchbare Methode. Die Industrie liefert das Produkt zum Wohle der Landwirtschaft, die in nicht allzu langer Zeit völlig auf sie angewiesen sein wird. So ist die Stickstoffindustrie die Voraussetzung wissenschaftlichen Betriebes der Landwirtschaft, und der Steigerung ihres Ertrages. Das ist im Lebensinteresse der Allgemeinheit, und gerade die Betrachtung über die Bedeutung der Stickstoffindustrie führt zu gemeinwirtschaftlichen Gedankengängen. Wenn die Katastrophe von Oppau das öffentliche Interesse auf die Stickstoffindustrie gelenkt hat, so soll vor allem daran gedacht werden, daß hier Interessen der Allgemeinheit wahrzunehmen sind.

Russische Tendenzdramatik. Lunatscharsky, der Volksbeauftragte für Wissenschaft und Kunst in der Sowjetrepublik, war von der Deutschen Bühnengesellschaft eingeladen worden, seine Meinung über die Zukunft des deutschen Theaters zu äußern. Seine Abhandlung ist jetzt eingetroffen und wird im „Neuen Weg“, dem Organ der Genossenschaft, veröffentlicht. Sie beschäftigt sich weniger mit der deutschen als mit der russischen Bühne, über deren Gegenwart und Zukunft Lunatscharsky unter anderem folgendes ausführt:

Indem wir die Theater auf die Kosten des Staats nahmen, haben wir die Bilette auf dem Wege zum vollständig freien Eintritt bis zum Maximum von 250 Rubeln herabgesetzt, was infolge des niedrigen Werts des Rubels eininigen früheren Kapiteln gleich ist. Die Bilette werden durch die Gewerkschaftsvereine verteilt, zu denen bei uns in Rußland ein jeder gehört. In Rußland gibt es unter den Kommunisten solche, welche alles Alte verwerten, da sie es für bourgeois halten. Mit besonderer Heftigkeit geschieht dies bei den Anhängern von Uljanow bei denjenigen Kommunisten, welche mit reaktionärem Geist eine feurige Liebe zur sogenannten alten Kunst vereinigen, die in Rußland unter dem Namen „Futurismus“ bekannt ist. Aber es gibt auch kommunistische Ultra-Reaktionäre, d. h. Anhänger des reinen propagandistischen Agitationstheater, die den Futuristen und den Posseisten (Anhängern einer überlebten Kunst) gleich feindselig gegenüberstehen.

Wir erkennen in Rußland die große Wichtigkeit des propagandistischen Agitationstheater, des Plakattheaters. Natürlich können wir nicht von diesen Werken dieselbe künstlerische Vollkommenheit fordern, die bei wirklich künstlerischen Stücken nicht

fehlen darf. Vom Plakat kann man nie die gleiche Qualität wie vom Gemälde verlangen. Wir arbeiten jetzt wirksam an der Bereidung der uns überschwebenden Masse von Agitationsstücken, welche von Arbeitern, Rotarmisten, jungen Propagandadramatikern und Schauspielern gebichtet werden.

Es gibt nichts Oberflächlicheres als die Gewohnheit, die gesamte Theaterkunst der Vergangenheit als „bourgeois“ abzutun. Das Proletariat braucht sich nicht von Hauptmanns Werken der ersten und der zweiten Periode seines Lebens abzuwenden, auch nicht von Zola, Mirbeau, Ibsen, Bernard Shaw und den ihnen verwandten Schriftstellern. Trotzdem sind alle diese nicht die Schriftsteller des Proletariats. Man fühlt in ihren Werken zweifellos Trümmerei oder einen Ueberfluß von schwarzem Pessimismus und ungezügelter Phantasie. Das Proletariat wird selbst den rechten Weg finden, indem es seine eigene Intelligenz mit sich auf den breiten Weg der freien Schöpfung fortsetzt.

Wir müssen dort unsere Kultur anfangen, wo der kurze und helle Regen der revolutionären Bourgeoisie endigt. Denn dort stehen Riefen, wie Hegel und Goethe, und sie warten auf ihre echten Nachfolger. Die Hüter dieser klassischen Traditionen haben sich in Epigonat verwandelt und sehen wie alte Uljan neben den neuen Ultra-Reaktionären und den ganz neuen Futuristen aus. Aber die proletarische Wege wird frisches Blut in die alten Adern gießen und ihnen die Möglichkeit geben, mit Macht dem wirklich neuen, dem echt futuristischen Theater zu dienen, welches, nicht ohne Qualen, in mehr oder weniger langer Zeit die sozialistische Revolution gebären wird.

Rudolf Steiner und die Berliner Theologen. Die Scheitermachersche Stiftung an der Berliner Universität stellt für 1921 folgende Preisaufgabe: „Verhält sich die Anthroposophie Rudolf Steiners neutral zur Religion, besonders zur christlichen Religion, oder ist sie selbst eine neue Religion? Wenn letzteres, aus welchen Quellen ist diese neue Religion gestossen?“

Am dem Aufschriften, das bis 31. Dezember läuft und für das der Preis 300 Mark beträgt, können sich nur Studierende der Berliner theologischen Fakultät beteiligen.

Amerikanische Sacke. Kürze ist die Eigenschaft, die schlechte Zigaretten, Liebesgeschichten und Seereisen erträglich macht.

Verliebtheit ist der Selbstbetrug, daß eine Frau anders sei als die andere.

Erfahrung nennt man es, wenn man aus seinen Fehlschlägen lernt, daß das nächste, was man unternimmt, wahrscheinlich auch ein Fehlschlag sein wird.

Idealist ist ein Mann, der entdeckt hat, daß eine Rose besser riecht als ein Kohlkopf, und der uns daher empfiehlt, Suppe aus Rosen zu kochen, statt aus Kohl.

Futuristische Musik. In Reckel ist vor einigen Tagen der Oberbayerische Dichter der erste futuristische Dichter „Die Betrachtung“, ein Werk des bekannten Futuristenführers Marinetti, über die Scene erschienen. Es erlebte einen Theaterskandal, der die Direktion veranlaßte, die Oper vom Spielplan gleich wieder abzurufen.

Wer entschädigt Oppau?

München, 6. Oktober. (Z.) Das große Unglück in Oppau wird der bayerischen Baugewerks-Berufsgenossenschaft, soweit sie sich bis jetzt übersehen läßt, die Entschädigungspflicht für etwa 100 Todesfälle und für weit über 100 Verletzte und damit eine jährliche Entschädigungssumme von mindestens 1 Million Mark auf viele Jahre hinaus bringen. Alle Mitglieder der bayerischen Baugewerks-Berufsgenossenschaft haben nach einer Veröffentlichung der Vorstandschaft ab 1. Januar 1922 mit nicht unwesentlichen erhöhten Beiträgen zur Deckung dieser außerordentlichen Entschädigungslasten zu rechnen. Die Vorstandschaft steht auf dem Standpunkt, es könne nicht angehen, daß für eine gewaltige Schadenlast, die durch das dem Baugewerbe vollkommen betriebsfremde Ereignis herbeigeführt wurde, ein bestimmter Kreis von bayerischen Unternehmen allein aufkommen müsse. Es dürfe vielmehr eine entsprechende Regelung der Angelegenheit durch das Reich erwartet werden.

Wir können uns der Förderung der bayerischen Baugewerks-Berufsgenossenschaft nicht anschließen. Niemand verlangt von der Genossenschaft, daß sie den ganzen Schaden von Oppau trägt. Aber es liegt kein Grund vor, sie von Verpflichtungen zu entbinden, die sie gesetzlich übernommen hat. Das Reich ist nicht dafür da, Unternehmungen, an deren Gewinn es nicht beteiligt ist, für Verluste zu entschädigen. Es wäre die Frage zu stellen, ob nicht der Antikonzern in dieser Hinsicht die richtige Instanz ist. Für eines sind wir allerdings: für Reichsaufsicht darüber, daß die Genossenschaft ihre Verpflichtungen den Opfern von Oppau gegenüber voll und ganz erfüllt.

De Brouckere über Görlitz.

„Die deutschen Sozialisten wollen die Republik verabschieden.“ Unter dieser Überschrift gibt der belgische Sozialist Genosse de Brouckere seine Hauptgedanken von der Görlitzer Tagung im Brüsseler „Peuple“ wieder. Auch für die deutschen Sozialdemokraten dürfte es interessant sein, zu wissen, in welchem Licht der Parteitag und seine Beschlüsse unseren ausländischen Genossenschaftsfreunden erscheinen.

De Brouckere schreibt, daß das charakteristische Merkmal des Parteitages der unerschütterliche Wille der deutschen Sozialdemokraten zur Republik gewesen sei. „Die deutschen Proletarier sind entschlossen, ihre Republik mit der ganzen Kraft eines Volkes zu verteidigen, das jetzt den tiefen Wert der Demokratie begriffen hat. Das ging aus dem Ton der Verhandlungen scharf hervor, aus den angenommenen Resolutionen.“ Er geht dann ein auf den Augenblick nach den Reden der Genossen Treu, Münzberg und Körner-Ludwigshafen, die zu einem spontanen Treuegelübde für die deutsche Republik wurden. Er nennt diese Reden „einen jener Momente, die geschichtlichen Wert haben.“ Der gleiche Wille, die Republik zu schützen, zu stützen, zeigte sich in der Diskussion. Wir verstehen heute nur zu gut, daß die Reform der Verwaltung fortgesetzt werden muß, daß die Republik nicht durch die alten Beamten des Kaiserreichs verwaltet werden kann.

Zur Programmdiskussion übergehend, sagt de Brouckere, daß auch hier jeder Redner auf der Notwendigkeit bestanden habe, alle sozialen Forderungen auf der absolut gesicherten Existenz des republikanisch-demokratischen Staates zu basieren. Von den Höhepunkten der Programmdiskussion sagte er, sie hätten auf ihn einen der tiefsten Eindrücke gemacht, deren er sich als alter Kongreßteilnehmer entsinnen könne.

De Brouckere beschäftigt sich dann mit der Frage der erweiterten Koalitionsmöglichkeit. Seiner ziemlich optimistischen Ansicht nach hat die Deutsche Volkspartei zugehört. „Die Geschäftsleute, aus denen sie sich zusammensetzt, haben zwei gesunde Menschenverstand, um nicht zu erkennen, daß eine deutsche Monarchie sich gegen den einigen und sehr klugen Willen eines fest organisierten Proletariats nicht behaupten kann. Sie wissen auch, daß die Entente eine deutsche Monarchie um keinen Preis dulden würde.“ Er vergleicht die augenblickliche Lage Deutschlands mit der Frankreichs zur Zeit der Dreißigjährigen. Man denke in den Kreisen der deutschen Sozialdemokratie daran, „einen Block zu bilden, um alles dem einzig Wesentlichen unterzuordnen: der Existenzsicherung des neuen Regimes“.

Die Arbeitslosenfrage in England.

London, 5. Oktober. (Z.) Die Mitglieder des neu gebildeten Generalkrates, etwa 30 an der Zahl, hatten heute eine vollständige Unterredung mit Lloyd George über die Arbeitslosenfrage. Unter anderen nahmen daran teil Clynnes, Smillie und Gosling. Lloyd George schlug vor, daß eine Zahl von Arbeitervertretern mit ihm und seinen Kollegen über praktische Maßnahmen gegen die äußerste nationale Notlage beraten sollen. Wie verlautet, will der Generalkrat der Arbeiterschaft Lloyd George bestimmte Vorschläge zur Behebung der Arbeitslosigkeit unterbreiten.

Der Generalkrat der Arbeiterschaft hat einstimmig den Sekretär der Landesarbeiterverbände Walker zum Vorsitzenden für das nächste Jahr gewählt.

Unabhängiger Parteitag. Die U.S.P. beruft ihren Parteitag auf den 8. Januar 1922 nach Leipzig (Volkshaus). Die vorläufige Tagesordnung enthält folgende Punkte: 1. Eröffnung und Konstituierung des Parteitages; 2. Geschäftsbericht; 3. Bericht der Reichstagsfraktion; 4. Bericht der Programmkommission; 5. Finanz- und Steuerpolitik; 6. Organisationsstatut; 7. Die Internationale Arbeiterschaft; 8. Anträge; 9. Wahl der Parteileitung. — Die Referenten werden noch bekanntgegeben.

Der Fall Schön. Wie uns aus Hamburg mitgeteilt wird, trifft es nicht zu, daß der Hamburger Senat in der Sache des Generalstaatsanwalts Dr. Schön einen Rückzug angetreten und die Bewährungsmaßnahmen habe. Offenbar ist diese irreführende Meldung von reaktionärer Seite verbreitet worden. Die Außerdienstsetzung des Generalstaatsanwalts ist tatsächlich in vollem Umfang aufrecht erhalten und, wie bereits gemeldet, von der Hamburger Bürgerschaft mit großer Mehrheit bestätigt worden. Die Ausführungen unserer gestrigen Notiz „Ein dauerlicher Rückzug“ werden dadurch gegenstandslos.

Eudlich bestätigt. Seit etwa einem Jahre vermalst der Genosse Edward Adler das Landratsamt Celler für die kommissarische Wähler bei bürgerlichen Anwärtern die Befähigung durch den Innenminister umgeben erfolgt, wurde die Befähigung des Genossen Edward Adler durch Herrn Dominicus ungewöhnlich lange hinausgeschoben, obgleich der Kreisrat des Kreises Celler für den Genossen Adler einstimmig als Landrat präsentiert hatte. (Einige Bürgerliche hatten bei der Wahl weiche Zeiten abgegeben.) Nunmehr ist der Genosse Adler vom preussischen Innenminister endgültig als Landrat bestätigt worden. Besonders wertvoll ist diese Befähigung, weil deutschnational-agrarische Elemente in der letzten Zeit einen Verleumdungsstreik gegen den Genossen Adler unternommen hatten. Die „Deutsche Tageszeitung“, „Hamburger Warte“ und fast die gesamte monarchistische Presse hatte sich zum Träger dieser Verleumdungen gemacht, ohne von der schließlichen Aufklärung des Jertums später Notiz zu nehmen.

Groß-Berlin

Der Pferdefuß.

Bei der bürgerlichen Wahlkollation spielt die Unrentabilität städtischer Werke und Betriebe eine große Rolle. Man tut so, als ob kommunale Betriebe unter allen Umständen Zuschüsse erfordern müßten und als ob insbesondere Betriebe unter sozialistischer Verwaltung unrentabel arbeiteten.

Das eine ist allerdings richtig, daß eine städtische Verwaltung mit sozialistischer Mehrheit eine größere Verantwortung auch gegenüber ihren Arbeitern und Angestellten in sich fühlt als ein kapitalistisch geleiteter Privatbetrieb, daß sie es unter allen Umständen ablehnt und ablehnen wird, Ersparnisse auf Kosten der Arbeiterkraft zu machen.

Aber Kommunalisierung braucht belleide nicht Bureautisierung zu bedeuten. Gerade Gemeindebetriebe unter sozialistischer Verwaltung haben den Beweis dafür erbracht. Ist es ein Zufall, daß die Gaswerke in Neukölln und in Lichterberg so unendlich viel rentabler arbeiten als die Alt-Berliner Werke? Ist es ein Zufall, daß selbst ein so heruntergewirtschafteter Betrieb wie die städtische Straßenbahn schon nach einem knappen Jahre sozialistischer Verwaltung Lohnerbhöhungen bewilligen kann, ohne gleichzeitige Erhöhung der Tarife?

Was das wissen die Bürgerblockleute sehr gut. Trotzdem drehen sie gerade jetzt wieder besonders eifrig die Lügenwalze von den unrentablen städtischen Betrieben. Warum? Die verhassten kommunalen Werte sollen in „gemischt-wirtschaftliche“ Betriebe umgewandelt werden. Da kommt der kapitalistische Pferdefuß zum Vorschein! Sollte es wirklich Arbeiter, sollte es Angestellte und Beamten, sollte es denkende Menschen geben, die nicht merken, wer hinter dieser Agitation steht? Die nicht merken, daß sie hier vor die allerengsten Interessen einer kleinen Gruppe von Privatkapitalisten gespannt werden sollen, die über das

Öffentl. Wählerinnen-Versammlung!

Achtung! Frauen! Achtung!

14. Kreis (Zell): Die für heute angelegte öffentliche Frauenversammlung findet nicht in Bekers Festsaal, sondern um 7½ Uhr in der 2. Gemeindefschule in der Bürgerstraße statt. Tagesordnung: „Die Bedeutung der Stadterneuerungswahlen für die Frauen“. Referentin: Frau Plüß, MdR.

angetragene Geschäft erboht sind? Dieselben Privatkapitalisten gehen ja auch mit dem samolen Plane um, Post und Eisenbahnen im Reich in „gemischt-wirtschaftliche“ Betriebe zu verwandeln. Wie harmlos, wie schön das klingt! In Wahrheit ist es hier wie dort daselbe: Man entblödet sich nicht, die wirtschaftliche Not der Stadtgemeinde, des Landes, des Reiches auszunutzen, um hintenherum ein großes Privateigenschaft zu machen.

Darum der Sturm auf die städtischen Werke, darum das scheinheilige Getöse angeblich besorgter „Fachleute“, darum die demagogische Hehe des Bürgerblocks gegen die „sozialistische Wirtschaft“! Man fürchtet, die Felle könnten dem Privatkapital, dem Großkapital wegschwimmen, wenn das „Rote Berlin“ erhalten bliebe.

Augen auf! Wollt Ihr Büttel des Großkapitals sein? Wählt sozialdemokratisch!

Der Weinkeller-„Fahmann“.

Die Bezirksversammlungen der westlichen Bezirke sind in der letzten Zeit eine unerschöpfliche, wenn auch nicht gerade freiwillig sprühende Quelle für den Beweis der bürgerlichen Mißwirtschaft geworden. Ein Kapitel eigener Art war auf diesem Gebiet seit jeher der städtische Weinkeller in Schöneberg. (Glückliche Gemeinde, die ihn sich leisten kann.) Auf der letzten Bezirksversammlung im Bezirk XI (Schöneberg) richtete die sozialdemokratische Fraktion die Anfrage an das Bezirksamt, warum es dem Beschluß auf Bildung einer Deputation für die städtische Weinkellerei nicht beigetreten sei. Bürgermeister Berndt antwortete mit einer Beteuerung, daß er die beste Absicht habe, mit der Bezirksversammlung sowie den ehrenamtlich tätigen Bürgern zusammen zu arbeiten. Was nutzt der gute Wille, wenn die politischen Freunde es nicht wollen? Genosse Erdmann erklärte es für unverantwortlich, daß dies vorhabende Unternehmen, das einigmal über das Budget verfügt, in die Hände eines solchen „Fahmannes“ gelegt wird. Der Dezent und allseitige Gelehrer sei im Zivilbesitz Postarat. Unser Redner wies weiter darauf hin, daß das Unternehmen, das früher für den Stadtbudget erhebliche Einnahmen brachte, durch die „schamannische“ Leistung bald so heruntergewirtschaftet sein wird, daß nicht mehr übrig bleiben werde. Ohne Befehl und nach eigenem Ermessen hat der Dezent die „Kommunalisierung“ noch verweigert und sie auf Kognat und Vikare ausgedehnt, für die in der Bürgerschaft kein Bedürfnis vorliegt. Allerdings schweben hierüber fonderbare Gerüchte und es sei im eigenen Interesse des Bürgermeisters, für baldige Abhilfe Sorge zu tragen. Von allen Rednern, bis zu den Demokraten, wurde unser Redner unterföhrt. Nur die Deutschnationalen und ihre Nachbeter, die Wirtschaftlichen, schwiegen. Wie im übrigen die Wiederunzufriedenheit der Nationalisten ausbleibt, schickte Genosse Fehlich. Ein deutschnationaler Mitglied des Bezirksamts hatte sich krank gemeldet und die Zeit dazu benutzt, auf Kosten der Steuerzahler mit seinem Segelboot eine Fahrt von Berlin nach Schweden zu machen. Drei Monate wurden hierzu gebraucht. Der ahnungslose Bürgermeister erklärte, daß ihm wohl das ärztliche Zeugnis vorgelegen habe, daß er aber von der Vergnügungsfahrt erst durch die Anfrage Kenntnis erhalten habe. Dem Urlaub habe er auf Grund des ärztlichen Zeugnisses erteilt.

Gattenmordprozeß Hemberger.

Das finstere Familiendrama, das die Erwerbung des Oberlehrers Dr. Hemberger durch seine Frau Elisabeth Hemberger und ihren Geliebten, den Kaufmann Walter Proge zum Gegenstand hat, wurde heute vormittag unter großem Andrang des Publikums vor dem Schwurgericht des Landgerichts II unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Ziehn aufgerollt. Die Verteidigung führen: für Frau Hemberger Rechtsanwältin Hirschow, für Proge Rechtsanwalt Dr. Wisberg und Professor Weiß, für die Angeklagte Frau Weisse Rechtsanwältin Dr. Grünwald. Die Anklage wird von Staatsanwaltschaftsrat Gennich vertreten. Zu der Verhandlung, für die drei Sitzungstage angesetzt sind, sind neben circa 50 Zeugen als Sachverständige Universitätsprofessor Dr. Strauch und von der Verteidigung Sanitätsrat Dr. Magnus Hirschfeld und Sanitätsrat Dr. Fritz Seymann geladen.

Die Angeklagte Frau Hemberger war mit ihrem 25 Jahre älteren Ehemann in schwere Differenzen geraten, die sie veranlaßten, mit Hilfe der beiden Mitangeklagten Proge und Frau Weisse in einen leerstehenden Laden in der Urbanstraße zu ziehen. Hier soll nun, wie die Anklage behauptet, Frau Hemberger den Plan ge-

faßt haben, ihren Mann aus der Welt zu schaffen, um dadurch in den Besitz der Wohnungseinrichtung und der Witwenpension zu kommen. Sie soll nun ihren Reffen, den Angeklagten Proge, zu dem sie in näheren Beziehungen stand, angestiftet haben, ihren Mann meuchlings zu erschießen. Die Tat wurde dann auch in der Urbanstraße verübt, wobei man Dr. Hemberger unter einem Vorwande gefaßt hatte. Die Leiche wurde zerstückelt und dann die einzelnen Teile teils ins Wasser geworfen, teils auf dem Tempelhofer Felde vergraben. Als in Grünau die Leiche etwas in Verwesung übergegangen die Leiche eines unbekannten Mannes gefunden wurde, erklärte Frau Hemberger der Volkseidgenossen, daß es die Leiche ihres Mannes sei. Das Verbrechen gelangte erst später durch eine Selbstbeziehung des Proge zur Kenntnis der Behörden.

Frau Hemberger gibt über ihre persönlichen Verhältnisse an, daß sie die Tochter eines Dorfschullehrers ist und bis zum 14. Jahre eine Schule in einem kleinen Spreewaldortchen besucht habe. Mit 19 Jahren sei sie nach Berlin gekommen, sei bei der Firma Henz in Charlottenburg und anderen Firmen im Kontor in Stellung gewesen. Sie habe ihren Mann beim Tanzunterricht kennengelernt und ihn

aus Liebe geheiratet.

Er sei 49 Jahre alt gewesen und sie 24 Jahre, aber sie habe stets eine Vorliebe für ältere Herren gehabt. Zu Anfang habe sie stets geglaubt, er sei einfacher Volksschullehrer, erst kurz vor der Verlobung habe er ihr mitgeteilt, daß er Oberlehrer und „Doktor“ sei. Am 20. April 1909 sei dann die Ehe geschlossen worden. Ihr Mann sei früher katholischer Geistlicher gewesen, dann aus der Kirche ausgetreten, um heiraten zu können. Er habe sich dann in London trauen lassen, die Ehe sei jedoch 1908 schon wieder geschieden worden. Ihre Verwandten, die alles ermittelt hätten, waren deshalb gegen eine Heirat, zumal sie auch erfahren hatten, daß H. wegen sittlicher Verfehlungen, die er als Lehrer an der Margarethen-Schule begangen hatte, vom Amte suspendiert worden war. Die Ehe sei von Anfang an nicht glücklich gewesen, da ihr Mann mit dem Gelde sehr leichtsinnig umging und sich deshalb bald wirtschaftliche Sorgen einstellten. Ihr Mann machte ihr wiederum Vorwürfe, daß sie ihm nicht genug Geld mit in die Ehe gebracht habe. Diese Vorwürfe trieben sie schließlich derartig zu, daß sie Selbstmordgedanken bekam und sich einmal mit Gas vergiften wollte. Um die Geldnot zu beseitigen, ging die Angeklagte, wie sie weiter erzählte, wieder ins Bureau. Die Folge war, daß ein Hausmädchen eingestellt werden mußte, um die Wirtschaft und das im Jahre 1917 geborene Kind zu versorgen. Ihr Mann sei sofort zu den Mädchen jubelnd gekommen, so daß sie in 1½ Jahren acht Mädchen hatte. Als sie von einem Mädchen eine eidesstattliche Versicherung erhielt, daß ihr Mann

die Ehe gebrochen

habe, wollte sie sich scheiden lassen, gab aber auf Bitten ihres Mannes wieder nach. Im Jahre 1916 wurde das zweite Kind geboren. Während ihrer Schwangerschaft habe sie ihr Mann vielfach geschlagen und den Boden entlang geschleift und von ihr verlangt, sie solle einen strafbaren Eingriff an sich vornehmen lassen. Bei einem derartigen Zwischenfall, als ihr Mann auf sie einschlug, habe sie einen doppelten Bruch davongetragen. Sie sei deshalb auch zu ihrer Mutter gezogen.

Die Hohenzollern als Wandschmud.

Manche Leute wollen immer noch nicht begreifen, daß die Zeit vorüber ist, wo in jedem öffentlichen Raum ein paar Hohenzollern hängen mußten. Die im Sitzungssaal des Berliner Magistrats aufgehängten zwölf Hohenzollern sollen, wie wir bereits meldeten, nun endlich heruntergeholt werden, um als residenzlich-berlinische Karikatur ins Märkische Museum zu wandern. Darüber schreiben die unentwegt Konstanten, die von einer Wiederkehr der schönen Zeit träumen, wo Wilhelm II. in höherer Saune den Magistrat rüffelte. Wir hoffen, daß die Säuberung des Magistrats-Sitzungssaals als aufmunterndes Beispiel wirken und eine Mahnung auch für andere Behörden sein wird, sich ihres huzonischen Wandschmudes zu entledigen. Behörden, bei denen derartige Reliquien aus den Tagen der Monarchie lieber noch konterviert werden, sind mehrfach im „Bormärts“ genannt worden. Wir wollen heute hinzufügen, daß auch im Gebäude des Landgerichts Berlin I an der Grunerstraße ein Solch noch mit zwei großen Kaiserbildern „geschmückt“ ist. Hinaus endlich mit dem Blunder, der hier wie eine Demonstration für die Monarchie wirken muß! In einer Stätte der Rechtspflege sollte man längst die Reliquien daraus gezogen haben, daß nach der Beschleunigung neuer Verfassung wir in einer Republik leben.

Billiges Fleisch in Reinickendorf. In den amtlichen Fleischverkaufsstellen des 20. Verwaltungsbezirks Reinickendorf-Or. Residenzstraße 131, Reinickendorf-West, Köpferstr. 3, Ziegel, Bahnhofstr. 67 und Schöneberger Str. 43, gelangt in dieser Woche billiges Schweinefleisch zu nachstehenden Preisen zum Verkauf: Rückenstück 1 Pfund 13 Mk., Koteletts und Bauch 17,50 Mk., Ramm, Schaf und Schinken ohne Bein 16,50 Mk., Kopf und Beine 8 Mk.

Die Hausammlung des Oberstleutnants-Hilfsweerts zugunsten der bedrängten Oberstleutnanten ergab außerordentlich erfreuliche Resultate. Durch 3700 Hausbesuche wurden im Laufe der vergangenen Woche 152 620 Mark gesammelt, so daß auf jede Hausbesuche im Durchschnitt 40 Mk. fielen.

„Der Herr der Welt“. Der Aufführungsjahr der Kollo-Theater ist jetzt unter der Direktion James Klein auch in die Komische Oper gelangt. Eine große Aufführung „Der Herr der Welt“ mit vorübergehendem Text von Karl Dreißhauer. Gelangten von Dr. Deba und Peter Wolf leitet die neue Gera des Hauses an der Weidenbinder Straße ein, das die erste Kunst schon lange an den Regal gebängt hat. In jeder prunkvoll ausgestatteten Bildern wird die nicht ganz neue Idee entwickelt, daß Gold nicht glücklich macht und nicht vorwärts bringt, sondern, daß die Arbeit der allseitigen Herr der Welt ist. Das Zeitgeschehen spielt, wie es sich für eine Komödie eignet, eine große Rolle, aber die Spitzereien über politische Vorgänge sind leider zu viele, daß man sie sich besser sparen sollte. Der Erfolg ist nur extrahlich, wenn es von wirklichem Geist zeugt. Größlich ist es, den schönen Film „Kaiser“ über den Berliner Frieden immanieren zu sehen, geschmacklos aber Franz Grob aber das abgetretene Krollkaiser zu lösen. Das man sich auch den alten Jüng nicht vernehmen kann, sagt davon, mit wie vielen Stellen ein Zeitbild, der allerdings kein Publikum richtig einschlägt, heute auskommt. Szenen, Solos, waren ganz auf Veracht gestimmt; James Klein, der so etwas versteht, hat darin das Enderle, zumellen auf Kosten des guten Geschmacks. Da vieles noch nicht klappte, dauerte die Aufführung fast fünf Stunden, was selbst für die Geduldigen ein bißchen zu viel war. Auch nach dem Beine und Gold werden zu einem aber, wenn man einen ganzen Abend hindurch nichts Anderes zu sehen kriegt. Aus der großen Reihe der guten Darsteller seien vor allem Louis Berkmeister, Paul Westermeyer und der unverwundliche Wilhelm Hartlein genannt. Salska Gura wird im Leben keine Millardärin. Die Musik von Karl Hajos hat nichts, was sie aus der Masse ähnlicher Erzeugnisse herausheben könnte.

Ein Volksunterhaltungskonzert in Schöneberg veranstaltet am Sonntag, den 8. Oktober d. J., nachm. 4 Uhr, im Bürgeraal des neuen Rathauses in Schöneberg der Aufsatz für Volksunterhaltungen beim Bezirksamt XI.

Das monatliche Kinderheim in Reinickendorf-Or. veranstaltet am Donnerstag, den 8. Oktober, abends 7½ Uhr, in der Jugendhalle am Seebad einen Wälderabend. Nach einem belebenden Vortrag über Körperpflege des Rindstalles finden Aufführungen von Kindern und Chorgesänge statt.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, Donnerstag, 6. Oktober:

14. (früher 16.) Uhr, 214, 219, 220, 224, 225 und 227. 8 Uhr bei Besse, Kiemler Str. 13. Besprechung über: Ein Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei zum 1. Referent: Genosse Meyer.

Morgen, Freitag, 7. Oktober:

12. Uhr, 12 Uhr, Treffpunkt Oberrealschule Wilmersdorf.

Gewerkschaftsbewegung

Der Schiedspruch im Holzarbeiterstreik.

Der am Dienstag vom Schlichtungsausschuss Groß-Berlin erhaltene Schiedspruch liegt jetzt im offiziellen Vorlauf vor. Er enthält neben den Lohnfragen hinsichtlich der Forderung der Arbeitnehmer auf Durchführung des Reichsmanteltarifs für Berlin folgende bemerkenswerte Sätze: „Die Kammer hält die von den Arbeitnehmerverbänden geforderte einheitliche Vertragsregelung für das deutsche Holzgewerbe für dringend notwendig. Sie ist aber der Ansicht, daß die Entscheidung hierfür den in Frage kommenden Verbänden überlassen bleiben muß, es sei denn, daß die Durchführung der Reichsmanteltarifs durch die Allgemeinverbindlichkeits-Erklärung eines bereits bestehenden Tarifvertrages seitens des Reichsarbeitsministeriums erfolgt wird.“ Bis dahin empfiehlt der Schiedspruch den Parteien eine Vertragsregelung, die die Berliner Holzarbeiter auf keinen Fall ungünstiger stellt als ihre unter den Reichsmanteltarif fallenden Kollegen im Reich. Der Schiedspruch spricht ferner die Hoffnung aus, daß beide Parteien sich mit dieser Regelung einverstanden erklären, damit die im öffentlichen Interesse erwünschte Beilegung des Streiks endlich erfolgen kann.

Zum Streik der Gastwirtsgehilfen.

Die Arbeitsgemeinschaft der Arbeitgeberverbände verbreitete ein Flugblatt, worin behauptet wird, die Organisation der Angestellten fordere an Wochensohn und Prozenten ein Wochenlohn von 1000 bis 1500 M. Sie fordere ferner die Einkalkulierung in die Preise, um dadurch im dunkeln Trinkgeld fischen zu können und um auf Kosten der Arbeiter Neueinstellungen zu erzwingen. Der größte Teil der Schlichter sei durch die Organisation behindert, unter dem Vorwand der Einkalkulierung der Löhne in die Verkaufspreise der Lebensmittel zu sein, da dann nicht 10, sondern 15 und 20 Prozent einfallend werden müßten. Warum dann 15 bis 20 Proz. Zuschlag, anstatt 10 Proz.? Der Vorwurf der Unternehmer, die Angestellten wollten im Trinken fischen, kann doch im Ernst nicht erhoben werden, nachdem die Angeklagten den Schiedspruch anerkannt haben, der das Trinkgeld verbietet. Die Unternehmer aber haben diesen Schiedspruch abgelehnt. Außerdem haben sie die Unternehmer in der Hand, daß bei gebührender Lohnzahlung einem etwaigen Im-Trinken-Fischen gesteuert wird. Sie haben das Recht, unter Androhung sofortiger Entlassung ihren Angestellten die Annahme von Trinkgeld zu verbieten, wie es im Eisenbahngewerbebetriebe längst mit gutem Erfolg geschehen ist. Daß die Angestellten ein Wochenlohn von 1000 bis 1500 M. fordern, das sollten die Unternehmer dem Publikum nicht erzählen wollen. Sollten sie an die Unterfütterung des Publikums appellieren, dann dürften sie die Urteilsfähigkeit des Publikums nicht so niedrig einschätzen.

Die Sache muß das Publikum auf alle Fälle bezahlen. Die Frage ist jedoch, ob wir außer den Preisen noch etwa ein Bedienungsgeld zahlen sollen — Trinkgeld in fester Form, oder aber Preise für die Leistungen. Die „Bedienung“ gehört mit zu diesen Leistungen. Bei festen Löhnen auf der einen und festen Preisen auf der anderen Seite, hört das Im-Trinken-Fischen auf. Gibt man zu, daß ein gewisser Ansporn für aufmerksamere Bedienung — ein Interesse am Umsatz — vom Standpunkt des Publikums wie des Wirtes aus notwendig ist, dann ist die Anerkennung des Schiedspruches die Konsequenz. Deshalb muß die Sympathie des Publikums auf Seiten der Angestellten sein.

Entsprechend den getroffenen Abmachungen, sind heute morgen die Kantinarbeiten fast überall aufgenommen worden, und es steht zu erwarten, daß im Laufe des Tages überall die Pumpen- und Kühlturme wieder in Betrieb gesetzt werden können. Auch die Bedienung in den Hotels, in denen Mitglieder der Entente-Kommissionen untergebracht sind, wurde fast restlos von der Streikleitung gestellt. So hat der „Kaiserhof“ 300 Angestellte erhalten, die zur Bedienung der ausländischen Gäste erforderlich sind. Bedingt das Hotel „Fürstenhof“, wo nur 5 Mitglieder einer Interalliierten Kommission abgeblieben sind, beschäftigt Streikbrecher. Wie von der Streikleitung mitgeteilt wird, hat eine Abordnung der Ausständigen mit den Interalliierten Kommissionen verhandelt und sich zur strikten Durchführung der getroffenen Abmachung verpflichtet. Die von der Streikleitung zur Verfügung gestellten Gastwirtsangestellten sind vorläufig vom Reichsvermögensamt durch Zivildienstvertrag eingestellt und es ist der Streikleitung ein gewisses Kontrollrecht über die Arbeit dieses Personals zugesichert worden.

Notdamer Geist im Reichspatentamt.

„Nur in wenigen Einzelfällen“ — so berichtigte der Reichsjustizminister in Nr. 433 des „Vorwärts“ —, „in denen zur Festsetzung des Befoldungsdienstalters noch besondere Erhebungen oder ein Zusammenwirken mit anderen Dienststellen erforderlich waren, mußte die Festsetzung bis zur Beseitigung der Hindernisse zurückgestellt werden.“

Im August vorigen Jahres haben etwa 80 mittlere Beamte von 350 beantragte Gesuche wegen Anrechnung ihrer vorausgegangenen Dienstzeit vorgelegt. Bis heute ist noch nicht ein einziger dieser Fälle erledigt worden. Die Ermittlungen „schweben“ immer noch und so kann noch geraume Zeit vergehen und die Saluta womöglich noch weiter fallen, bis diese Beamten zu ihrem Geld kommen. Da es sich fast durchweg um ältere Beamte mit Familie handelt, die meist vor 10 Jahren und früher als expedierende Sekretäre geprüft und im Patentamt tätig sind,

die immer noch mit geringem Einkommen haushalten müssen, so bedarf es keiner Frage, daß sie auf diese Nachzahlungen von Tag zu Tag warten und sie notwendig gebrauchen. Mit wenigen Ausnahmen hat übrigens die gesamte Beamtenschaft des Patentamts seit Beginn der Neuordnung um die wohlverdienten Rechte aus der früheren gehobenen Stellung zu kämpfen.

Den an der Neuorganisation der Dienstaltersbezüge beteiligten Beamten wurde kürzlich eine Verfügung des Präsidenten zugestellt, wonach ihnen für den Fall einer anderen Festsetzung des Grundgehaltens der ihnen vor Jahresfrist zuviel gezahlte Betrag wieder abgezogen werden soll, weil die ursprüngliche bessere Einstufung nachträglich rückgängig gemacht wurde, trotzdem damals vom Reichsfinanzminister auf das Ersuchen der Behörde um Niederschlagung ausdrücklich und vorbehaltlos angeordnet wurde, daß die Finanzleitung von der Rückforderung und Einziehung dieses überzahlten Betrages absteht, und zwar mit Rücksicht auf die drückende Notlage der Beteiligten. Entspricht die nachträgliche entgegengesetzte Anordnung des Patentamts etwa dem Recht, das im Patentamt und im Reichsjustizministerium besonders gepflegt werden soll? Die Beamten im Reichspatentamt beklagen es bitter, daß von dem Präsidenten, Wirkl. Geh. Oberregierungsrat von Specht, derartige Anordnungen getroffen werden, ohne daß die zuständigen Beamtensorganisationen davon Kenntnis erhalten, um rechtzeitig dagegen Stellung nehmen zu können. Es würden sich überhaupt die jetzt besonders großen Schwierigkeiten im inneren Dienstbetriebe des Reichspatentamts besser ordnen und überwinden lassen, wenn die Leitung des Amtes sich mit den beteiligten Beamtensorganisationen ins Einvernehmen setzen würde, statt sie dauernd zu übersehen.

Infolge der schlechten Befoldungs-, Anstellungs- und dienstlichen Verhältnisse im Patentamt macht sich der Mangel an guten Kräften überall in den Bureaus fühlbar, die neu eingestellten Beamten kehren dem Amt schon vor beendeter Ausbildung wieder den Rücken, und so häufen sich an den wichtigsten Dienststellen die Arbeiten lange unerledigt an zum Schaden der um ihre besten Erfindungen besorgten Industrie- und Handelskreise. Da die Behörde auf die wiederholten Vorschläge der Beamtenschaft zur Geschäftsvereinfachung nicht eingeht, so muß in anderer Weise für Abhilfe gesorgt werden.

Streik in der Chirurgiemechanik.

Ueber die Bewegung in dieser Branche haben wir wiederholt berichtet. Nach monatelangen Verhandeln mit den Arbeitgebern hatte der Schlichtungsausschuss Groß-Berlin einen Termin anberaumt, der von den Arbeitgebern nicht wahrgenommen wurde. Ein Abgesandter derselben erklärte, daß die Arbeitgeber in der nächsten Zeit nicht verhandeln könnten. Der unparteiische Vorsitzende ersuchte die Arbeitgeberorganisation telefonisch, Verhandlungen zu eröffnen. Dieses wurde aber abgelehnt. Daraufhin beschloß am Montag eine Branchensammlung der Angestellten einmütig, Dienstag früh aus den Betrieben zu gehen. Die Abstimmung über den Streik ergab eine Mehrheit von 90 Proz. für den Streik. Dieser hat am Dienstagfrüh mit großer Energie eingesetzt und ist fast auf alle Betriebe ausgebrochen. Leider beteiligt sich auch in diesem Streik die Schupo wieder als Schuppiron der Streikbrecher. Die Firma Reutenhäger hat Schupo ins Haus geholt und ist auch gegen Streikposten täglich vorgegangen.

Die Leitergerüst- und Plazarbeiter Groß-Berlins hatten am 29. September 1921 eine Branchensammlung. Genosse W. Klässener referierte über die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen. Seine Ausführungen wurden mit großem Interesse verfolgt und mit Beifall aufgenommen. Hierauf berichtete Sydow in eingehender Weise über die zahlreich geführten Lohnbewegungen der Sektion II, in denen alle Branchen durch gute Geschlossenheit und einiges Zusammenhalten bedeutende Aufbesserungen der Löhne und Erweiterungen des sozialen Teils des Vertrages durchsetzen konnten, während einige Branchen die Löhne der gelehrten Arbeiter sogar überschritten hätten. Wenn auch die Lohnkämpfe ohne Führung von größeren Streiks erfolgreich waren, so mußten doch alle Kräfte bei den Verhandlungen bis zum äußersten angespannt werden, da ein Teil der Arbeitgeber nur die Erhöhung des Brotpreises als Begründung für eine Gehaltszulage anerkennen wollte. Einige Arbeitgeber des Leitergerüstbaugewerbes verhandelten mit einem direkten Lohnabbau, durch Kürzung des Fahrgehaltes, vorzugehen, was aber durch schnelles Eingreifen der Organisation verhindert wurde.

Da die Löhne für das Baugewerbe ab 23. September um 1,50 Mark pro Stunde erhöht worden sind, gelten diese, wie üblich vermindert, auch für das Leitergerüstbaugewerbe. Es sei Pflicht aller, dafür einzutreten, daß die neuen Lohnsätze von den Arbeitgebern anerkannt und schnell durchgeführt werden.

Aber die diesen geführten Bewegungen bedingen eine Aufbesserung der Massenverhältnisse. Um für die noch kommenden schweren Kämpfe materiell gerüstet zu sein, empfiehlt es sich, eine Erhöhung der Beiträge vom 1. November ab vorzunehmen.

In der Diskussion sprachen alle Redner für Annahme des erhöhten Stundenlohnes, dem sich die Versammlung anschloß. Demnach beträgt der Stundenlohn für Leitergerüstbauer vom 23. September 1921 ab 9,30 M.

Im Prinzip erkannte man die Notwendigkeit einer Beitragserhöhung an.

Die Schweißwerkstoffhersteller Groß-Berlins hatten eine Versammlung nach den Zentral-Festtagen, Ute Jakobstr. 32, einberufen, in welcher Kollege Becker über die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen referierte.

Der Referent vertrat es, in aufklärender, großzügiger Weise, gestützt auf Tatsachenmaterial aus seiner praktischen Erfahrung als Stadtverordneter, die gut besuchte Versammlung zu fesseln. Er schloß

mit dem Hinweis, daß Berlin bei der Wahl die sozialdemokratische Mehrheit im Interesse der Arbeiterschaft wieder erhalten müsse.

In der Diskussion führte Kollege Lengner (R.P.D.) aus, daß er wohl mit dem Ruf nach Wahl an die Arbeiterschaft mit dem Referenten sympathisiere, es aber für notwendig erachte, die bis jetzt geübte Tätigkeit des Stadtparlamentes von den Bürgerlichen bis zur SPD zu kritisieren, und zwar deswegen, weil von den angeführten Parteien für die notleidende Bevölkerung sowohl als auch in der Arbeitslosenfrage nichts geschehen sei.

Zur Tarifkündigung führte Sydow aus, daß aus formellen Gründen es sich empfehle, den Tarifvertrag zum 31. Oktober er. der Führerbesetzung zu kündigen. Die letzte Lohnbewegung habe der Branche wohl einen Erfolg gebracht, doch ständen die Grundlöhne hinter denen ähnlicher Branchen noch zurück. Den Grundsatz der Organisation: Gleiche Arbeit, gleicher Lohn, prüfeten die Arbeitgeber immer zu ignorieren. Es bedürfte daher unsererseits aller Kräfte, diesem Ziel näher zu kommen. Im Interesse des Berufes liege es, den Geltungsbereich des Vertrages auf die Einheitsgem. Groß-Berlin auszudehnen.

Die Versammlung beschloß die Kündigung des Vertrages und überließ die Aufstellung eines neuen Vertrages einer gewählten Lohnkommission.

Lohnfragen der Berliner Elektromonteur und Helfer wurden am Dienstag in einer öffentlichen Versammlung der Branche behandelt. Der Referent Pfaffenschläger und der Branchenleiter Leidinger führten u. a. aus: Von vielen Unternehmern wurde bestritten, daß die Elektromonteur keinen Anspruch auf die Ausgleichszulage für Monteur hätten, die in den Abmachungen mit dem Verband Berliner Metallindustrieller festgelegt sind. Diese Behauptung der Unternehmer sei wahrheitswidrig. Tatsächlich solle nach den Abmachungen die Ausgleichszulage auch für die Elektromonteur in Kraft treten. Die Kollegen, denen die Ausgleichszulage verweigert werde, hätten sich an die Branchenleitung des Metallarbeiterverbandes zu wenden, damit den Unternehmern in dieser Beziehung entgegengetreten werden könne. Die Betriebsmonteur, die nach richtiger Auslegung in die zweite Klasse gehörten, suche man in niedrigere Klassen zu bringen. Sache der Betriebsräte sei es, sich nicht einseitig zu lassen, sondern das Richtige zu veranlassen.

Zuher dem Verband Berliner Metallindustrieller komme als Arbeitgeberorganisation nach der Verband Deutscher Elektroinstallationsbetriebe in Betracht. Mit diesem Verbände eine Tarifvereinbarung für den Bezirk Berlin zu erzielen, sei bisher nicht gelungen. Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuss mußten vorläufig abgebrochen werden, weil die erschienenen Unternehmer erklärten, keine Vollmacht ihres Verbandes zu haben. Die Kammer hat nun diesem Verband aufgegeben, eine Mitgliederersammlung einzuberufen und Verhandlungsortreiter zu wählen. — Natürlich habe der Metallarbeiterverband ein Interesse daran, mit dieser Organisation der kleinen Unternehmer zu einem Tarifabschluß zu kommen. Sache der Kollegen sei es, sich dahinter zu setzen. Werde ein Tarif auch mit dieser Unternehmerrunde abgeschlossen und von den Kollegen zur Beachtung verholten, dann werde man auch auf die wilden Betriebe Einfluß gewinnen. Vor allem müsse jeder für die Stärkung der Organisation sorgen.

Der Streik in Nordfrankreich scheint sich seinem Ende zu nähern. Gestern begab sich eine Delegation der Streikenden auf Ersuchen der Regierung nach Paris.

SPD. Attentatsversuch der UCC-Betriebe! Freitag 6 Uhr in der Aula des Coblenz-Spinnmüllers, Weinmeisterstraße: Östliche-Mitglieder-Versammlung. Bericht über Jena. Ref.: Gen. Verbach Krüger. Bericht über Görlitz. Ref.: Gen. Josef Wähmann.

Zentralverband der Angestellten. Heute 7 1/2 Uhr Holz-Hausangruppenversammlung im Hotel Kaiserhof, Rosenhainstr. 11/12. — Freitag Mitglieder-Versammlung im Hotel Kaiserhof, Rosenhainstr. 11/12. — Samstag 7 1/2 Uhr Verbandstotal-Veranstaltung im Hotel Kaiserhof, Rosenhainstr. 11/12. — Sonntag 8 1/2 Uhr Bundeslandsfest, Neue Friedrichstr. 35. — Metall: Funktionärerversammlung 7 Uhr Opernstraße 17, Neue Friedrichstr. 35. — Restaurant: Mitglieder-Versammlung nachm. 4 Uhr im Gesellschaftshaus, Engelstr. 15.

Aus aller Welt.

Sprengstoffentzündung in einer Dynamitfabrik. In der Fabrik der Dynamit A. S. Schiebich-Mansfort in Köln fand vergangene Nacht in einem Raum, in dem Sprengladungen aus Trinitrotoluol umgeschmolzen und für die Verarbeitung als Bergbauprengstoff vorbereitet werden, eine Entzündung statt. Das zerflüchtete Material befand sich in einem Schmelzgefäß, der am nächsten Morgen unter Dampf gesetzt werden sollte. Der für diesen Betrieb eigens angestellte Nachtwächter beobachtete auf seinem Rundgang eine Flammenercheinung an diesem Gefäß, setzte sofort die Wasserberieselung in Betrieb und gleichzeitig die Alarmvorrichtung für die Feuerwehr. Als er sich ungefähr 50 Meter entfernt hatte, erfolgte die Entzündung. Durch Glasplitter wurde ein Arbeiter leicht verletzt, der die Nachtaufsicht in dem Sprengstoffgebäude hatte. Abgesehen von den zerbrochenen Fensterscheiben in der Fabrik, blieb die Wirkung der Entzündung auf die nächste Umgebung beschränkt. Wie der Inhalt des Gefäßes in Brand geraten ist, konnte mit Sicherheit noch nicht festgestellt werden.

Das Eisenbahnunglück in Paris. Bei dem Eisenbahnunglück im Tunnel von Bagnolles, in unmittelbarer Nähe des Bahnhofs St. Lazare, wurden bis 2 Uhr morgens 16 Tote gezählt. Die meisten Leichen sind infolge Verbrennung nicht mehr erkennbar.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Trocken und übermäßig heiß, nur zeitweise etwas neblig, nachts wieder sehr kühl, am Freitag ziemlich mild bei mäßigen südlichen Winden.

Program für den redakt. Teil: Dr. Werner Beyer, Charlottenburg: für Waisen; Dr. Hilde, Berlin: Verlag: Norddeutscher Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Norddeutscher Verlag G. m. b. H., Berlin. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin. Verditr. 2.

Steckbrief

1. den Generalassistenten Rapp aus Königsberg i. Pr.
2. den Major a. D. Pabst aus Berlin
3. den Oberst a. D. Bauer aus Berlin
4. den Arzt und Volontär Georg Wilhelm Schiele aus Baumberg a. S.
5. den Schriftsteller und Redakteur Karl Schnitler aus Berlin
6. den Schriftsteller Teobildt-Cincoia aus Berlin
7. den General der Infanterie a. D. Freiherr von Cäffsky aus Berlin
8. den Korvettenkapitän a. D. Ehrhardt aus Berlin
die sämtlich sind oder sich verborgen halten, ist die Untersuchung wegen Hochverrats, begangen in Berlin im März 1920, verhängt.
Es wird ersucht, sie zu erfassen und in das nächste Gefängnis abzuliefern, auch unregelmäßig zu den hiesigen Stellen C. 11.20 Mitteilung zu machen.
Die Reichsregierung hat eine

- Belohnung bis zu 50000 M. (fünfzigtausend M.)** für denjenigen ausgeführt, der durch sachdienliche Angaben oder andere geeignete Mitwirkung zur Förderung der Untersuchung, insbesondere zur Aufklärung des Sachverhalts oder zur Ergreifung eines der flüchtigen Angeklagten beiträgt.
- Personalsbeschreibung des Majors a. D. Pabst:**
1. Familienname: Pabst
2. Vorname: Waldemar
3. Geburtsort: Berlin
4. Aufenthaltsort: Berlin, Regenerstr. 19, bei Arnal
5. Geburtsdatum: 24. 12. 1880 geboren
6. Größe: ca. 1,70 Meter
7. Haare: dunkelblond, kurz geschnitten
8. Nase: gewöhnlich
9. Mund: gewöhnlich
10. Bart: dunkelblond, gestrichelt
11. Gestalt: schlank
12. Sprache: deutsch
13. Besondere Kennzeichen: keine

- Personalsbeschreibung des Obersten Bauer:**
1. Familienname: Bauer
2. Vorname: Max
3. Geburtsort: Durlinburg
4. Aufenthaltsort: Berlin, Schlegel Str. 23
5. Alter: 41, 1. 1880 geboren
6. Größe: ca. 1,70 Meter
7. Haare: dunkelblond
8. Nase: gewöhnlich
9. Mund: gewöhnlich
10. Bart: dunkelblond, gestrichelt
11. Gestalt: schlank
12. Sprache: deutsch
13. Besondere Kennzeichen: ruhiges, selbstbewusstes Auftreten

- Personalsbeschreibung des Schriftstellers Teobildt-Cincoia:**
1. Familienname: Teobildt-Cincoia
2. Vorname: Ignaz
3. Geburtsort: Götz, Ungarn
4. Alter: 41, 1. 1880 geboren
5. Beruf: Journalist
6. Aufenthaltsort: Potsdam
7. Größe: ca. 1,70 Meter
8. Gestalt: kräftig

- Personalsbeschreibung des Korvettenkapitän a. D. Ehrhardt:**
1. Familienname: Ehrhardt
2. Vorname: Georg, Helmut
3. Geburtsort: Dersburg i. Sachsen
4. Aufenthaltsort: Potsdam
5. Alter: 39, 11. 1881 geboren
Vorstehender Steckbrief, der bereits am 26. März 1920 von dem Untersuchungsrichter des Reichsgerichts erlassen wurde, wird hiermit erneuert.
Berlin, den 1. Oktober 1921.
Der Oberstaatsanwalt
Ebermann.

Billige, gute Rhein und Mosel

Der Pfälzer (direkt vom Faß) m. Steuer n. Liter 14.40
Flaschenweine m. Fl. u. Steuer von 12.00 an
2er Liebsberger Mosel m. Fl. u. Steuer 14.40
1er Runkelröder Riesling m. Fl. u. Steuer 19.50

Rotwein: La Côte wundervoll mit d. 12.00
Franzö. Hennessy, Prunier, Pelisson u. Derby.

Cognac

Derby-Weinbrand Fl. 49.50 Weinbrand Fl. 38.50
Versand auch überweise! Ballons, Fässern u. Waggons
Doppel-Kümmel extra stark 1/2 Liter-Flasche 34.00

J. F. Raudt
Potsdamer Str. 34, Hof
N. 4, Bergstraße 34
Norden 214, 8226
Friedrichstr. 11
Gr. Frankfurter Str. 112
Winklerstr. 69
gegenüb. Wintergarten
Schönhauser Allee 178

Wo laß ich meinen Anzug machen?
Wer garantiert f. gut. Sit u. Verarbeitung?
Max Motel, Schneidermeister
Neußtraße, Ringbahnstraße 88
Bismarckstr. 104
Tel. 900
Wiele Anerkennungen u. Dankschreiben. 1921

GOLD-Silber-Platin-Bruch
Silber-Zentrale
Gotzkowskystr. 13

Korsette
aus la Stoffen u. in allen Preislagen
empfehlen
Korsett-Fabrik Richard Necke
1. Geschäft: Berlin-Karlshorst, Treskow-Allee 83
2. U.-Lichtenberg, Neue Bahnhofstr. 36
3. Berlin, Kommandantenstr. 23
124 Bz. Ecke Alte Jakobstraße

Schreibmaschinen
Fast aller Systeme.
Neu u. gebrauchte
Conti, Ideal, Adler,
Torgedo, Underwood,
Smith-Prentiss, Remington,
Rau- u. Rechenmaschinen.
Verlässlicher
Konformabel
Schäfer & Claus
Berliner, Leipziger Str. 19
Gegr. 1894

Metall-Bettstellen
Kinderwagen, Bett-
federn, Korbmöbel
Fürl, Neukölln
Hermannstraße 38
Ecke Mahower Str.
Fabr. f. Rubehoff, Auf-
zugsmatr u. Feldbett

Pelz-Haus
abuco
Leipziger Str. 58
Zahlungserleichterung

Gurkofix
feinster Gurkensalat
Überall erhältlich!
Carl Timmer, Essig-, Most- und
Konservenfabrik
Berlin, Büchlingsstr. 6